

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

10 Nummern S 150 (inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr. 119 471**(OPPOSITION)**Redaktion und Administration:
XVI., Kirchstetterngasse 19/10, Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen

September 1932

6. Jahrgang, Nr. 110

Schach den kapitalistischen Räubern

Die Rauboffensive der Kapitalisten geht immer weiter. Auf dem Rücken der Arbeiter wollen die Ausbeuter hinüberkommen über die Krise. Einen Angriff auf den anderen jagen sie gegen die Löhne. Schon ist es den kapitalistischen Räubern gelungen, die Löhne der Schiffer und Maier zu drücken, jetzt würgen sie die Färber und gehen los auf die Fleischhauer und Zuckerbäcker. Und mitten drin nun der alles übersteigende

Raubangriff auf die Arbeitslosen.

Der christlichsoziale Minister Resch hat Richtlinien für die Ueberprüfung der Ausgesteuerten erlassen, die darauf hinauslaufen, 3000 Ausgesteuerten zu einer verringerten Unterstützung zu verhehlen, aber gleichzeitig 30.000 Unterstützte auszusteuern und weiteren 30.000 Arbeitslosen die kärgliche Unterstützung empfindlich zu kürzen. Es ist

beitslos, an den Massen! Denn die Regierung selbst hat sich die Warenumsatzsteuer, die die Belastung der Massen fürs Jahr um 170 Millionen Schilling steigert, bewilligen lassen ausdrücklich mit der Begründung, daß der Ertrag dazu dienen soll, das Defizit der Arbeitslosenversicherung zu decken und die Aussteuerungspraxis zu mildern.

Die Umgruppierung innerhalb der Bourgeoisie macht weitere Fortschritte. Die Heimwehr ist bankrott, ihre Kräfte verschmelzen sich immer mehr mit den Nazis, die an Boden gewinnen und ihre blutige Aktivität steigern, um außerparlamentarisch die kapitalistische Rauboffensive zu fördern.

Die Sozialdemokratie ist mitschuldig an dem Massenbetrug. Als das «Notopfer der Allgemeinheit», die Warenumsatzsteuer, angenommen wurde — die Sozialdemokratie hatte jeden Widerstand dagegen außerhalb des Parlaments unterlassen, sich einfach überstimmen lassen und so die ungeheure Massenmehrbelastung kamplos zugelassen — da hat sich die Sozialdemokratie ohne weiteres damit zufrieden gegeben, daß der Sozialminister die Richtlinien für die Ueberprüfung der Ausgesteuerten hinausgeben werde. Sie fragte nicht, welchen Inhalt denn diese Richtlinien haben werden, sie fragte nicht einmal, nach welchen Grundsätzen denn die Ausgesteuerten überprüft werden würden, sie ließ der kapitalistischen Regierung vollkommen freie Hand. Jetzt schreibt sie über Betrug. Gewiß, der Anschlag auf die Arbeitslosen ist ein niederrätiger Betrug der kapitalistischen Patreien, aber die Sozialdemokratie die dazu schwieg, die Sozialdemokratie, die dem Minister der Großkapitalisten freie Hand ließ, ist mitschuldig an diesem Massenbetrug! Jetzt, nachträglich erlassen die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften eine «ernste Mahnung», «lehnen die Verantwortung ab», verlangen eine außerordentliche Tagung des Parlaments, aber das einzige, was eine Aenderung erzwingen könnte, die Mobilisierung der Massen, unterlassen sie, die sabotieren sie. Die Scheinaktivität der sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften soll die Passivität, den Verrat der sozialdemokratischen Partei vernebeln.

Aber schon hat die Wendung in den

Massen begonnen. Das bekommen die Nazis zu spüren. Das den Massen von der Sozialdemokratie eingetrüfelte Gift der Lammgsinnung beginnt zu schwinden. Die Massen beginnen sich zur Wehr zu setzen und auch sonst zeigen sich erfreuliche Zeichen der Linksentwicklung. Siehe die Wahl einer revolutionären Betriebsratsmehrheit in Wlmpassing. So erfreulich all dies ist, es ist einstweilen ein noch unzulänglicher Anfang, ein Anfang, der die Hoffnung belebt, doch ein Anfang, der für sich allein nicht imstande ist, ein Schach zu setzen der kapitalistischen Rauboffensive. Die spontane Abwehr der besten Arbeiterelemente muß verwandelt werden in die Abwehr durch die großen Massen und diese Massenabwehr selbst organisiert werden! Die Organisationsform dafür ist die

herbeigeführt durch die Initiative der Kommunistischen Partei, die durch Massendruck von unten erzwingen muß die Einheitsfront von KP, SP, Gewerkschaften.

Kommunisten! laßt Euch nicht blenden durch die Engelmann-Versammlung! Der

Kampfwille in den Massen steigt. Auch die Engelmann-Versammlung hat das bewiesen. Allein die Massen sind nicht für, sondern — mit Recht! — gegen die Stalinsche Linie. Die vielen anwesenden sozialdemokratischen Arbeiter, ja selbst sozialdemokratischen Mitglieder der antifaschistischen Komitees haben sich mit Recht darüber aufgehalten, daß diese gegen den Faschismus einberufene Kundgebung in Wirklichkeit von den stalinistischen Rednern dem Hauptgewicht nach gerichtet wurde — gegen die Sozialdemokratie. Die Massen sind mit Recht gegen die unsinnige Lösung Stalins «Die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind!» Nach der Engelmann-Versammlung hat die Stalinsbureaukratie zu den gewohnten Stalinschen Aktionen gerufen, allein gefolgt ist diesem Ruf niemand, kein sozialdemokratischer Arbeiter erschienen nur ganz vereinzelt, die sich so sehr schnell überzeugen konnten, daß die Massen, obwohl von wachsender Unzufriedenheit mit der SP-Politik und von wachsendem Kampfwillen erfüllt, mittels der Stalinschen Politik nicht zu mobilisieren

sind. Kommunisten, lernt aus euren eigenen Erfahrungen! Helft der Partei, den richtigen Weg zu finden, den Weg der Leninischen Einheitsfronttaktik, indem ihr mit uns zusammen, indem ihr im Bunde mit der Linksoption kämpft für die politische Gesundung der kommunistischen Partei!

Den Arbeitern aber sagen wir: Erwartet nichts von der Sozialdemokratie. Nur von der Kommunistischen Partei kann die Rettung kommen und von ihr nur, wenn sie gesundet. Gesundet aber kann sie nur mit eurer Hilfe. Schafft Einheitskomitees in den Betrieben, in den Vermittlungen. Diese Einheitskomitees müssen die Massenabwehr organisieren. Diese Einheitskomitees müssen den Druck der Massen entfachen für die Einheitsfront von SP, KP, müssen auf die Gesundung der Kommunistischen Partei hinarbeiten, weil nur eine gesunde Kommunistische Partei dem Kampf der Massen die Führung geben wird, die unumgänglich notwendig ist zum proletarischen Sieg.

Die Grundursache der Lohnniederlagen

Seit Jahren werden die Löhne der Arbeiter immer tiefer und tiefer gedrückt. Die Sozialdemokratie, die von ihr geführten freien Gewerkschaften erklären, die Wirtschaftskrise sei die Ursache der Lohnniederlagen. Die Wirtschaftskrise besteht darin, daß die Kapitalisten die riesige Produktmenge der gewaltig angeschwollenen kapitalistischen Produktivkräfte mit Profit nicht absetzen können. Die Kapitalisten suchen die Krise für sich zu überwinden auf Kosten der Arbeiter, vor allem durch Senken der Arbeiterlöhne. Die Ursache des Lohnabbaues ist also nicht die Krise, sondern der Angriff der Unternehmer auf die Löhne der Arbeiter. Die Frage, warum die Löhne der Arbeiter immer tiefer sinken, lautet also, richtig ausgedrückt, so: Warum führen die Angriffe der Unternehmer auf die Löhne der Arbeiter immer wieder zum Sieg der Unternehmer, zur Niederlage der Arbeiter?

Auch in Belgien herrscht Krise. Auch dort versuchen die Unternehmer, die Löhne der Arbeiter zu drücken. Es ist ihnen nicht gelungen, ja sie mußten sich sogar zu einer gewissen Besserung der Löhne bequemen. Warum ist der Angriff der belgischen Unternehmer auf die Löhne gebrochen worden, trotz der Krise? Welcher Ursache ist es zu danken, daß in Belgien die Arbeiter siegen, trotz der Krise? Einzig und allein der Tatsache, daß die Arbeiter der Angriffssaktion der Unternehmer die ernste Massenkampfaktion der Arbeiter entgegengesetzt haben, trotz der Krise, und gerade wegen der Krise. Gerade weil Krise ist, müssen die Arbeiter mit dem äußersten Aufgebot ihrer Kampfkraft kämpfen, um ihre Hungerlöhne nicht noch tiefer drücken zu lassen.

Es ist klar, daß es sich bei den Lohnniederlagen nicht handeln kann um geringfügige taktische Fehler. Gerade die Tatsache der ununterbrochenen Kette der Lohnniederlagen seit langen Jahren, wodurch die ganze Existenzgrundlage der Arbeiter immer tiefer gesenkt wird, beweist, daß hier ein großer gemeinsamer Grundfehler im Verhalten der Gewerkschaften vorhanden sein muß. Dem ist in der Tat so. Die wirkliche Grundlinie der Sozialdemokratie ist die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Genau auf dieser Linie der Zusammenarbeit mit den Unternehmern bewegen sich auch die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften. Zusammenarbeit mit den Unternehmern, das ist die wirkliche Grundlinie der gesamten Taktik der sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften. Auf dieser Grundlinie jedoch ist es unmöglich, dem Angriff der Unternehmer auf die Löhne wirksam zu begegnen. Das zeigt die jahrelange Erfahrung. Das zeigt aber auch die nüchterne Ueberlegung. Denn die Grundeinstellung der Zusammenarbeit mit den Unternehmern bedeutet ja in Wirklichkeit nichts anderes als die grundsätzliche Preisgabe des Kampfes gegen die Unternehmer überhaupt. Zwar auf dem Papier wird viel vom Klassenkampf geschriebe und noch fleißiger darüber geschwätzt, besonders an Feiertagen. Allein in der Praxis sind die freien Gewerkschaften «Vermittlungsorganisationen» geworden. Organisationen, die zwischen Unternehmern und Arbeitern zu vermitteln, den Kampf zu vermeiden suchen, den Kampf, der das einzige Mittel der Arbeiter ist, dem Unternehmerangriff Einhalt zu gebieten. Die sozialdemokratische Führung der Gewerkschaften

sucht ihre Grundeinstellung der Zusammenarbeit mit den Unternehmern vor den Arbeitern zu verbergen. Erstens, indem sie mit dem Mund desto mehr vom Kampf redet, je mehr sie ihn in der Praxis zu hintertreiben sucht. Zweitens dadurch, daß sie in einzelnen Fällen, wo es nicht mehr anders geht, dem Druck der Arbeiter nachgebend, den Kampf «übernimmt», um ihn — die Führung behaltend — im geeigneten Augenblick wieder auf die Linie der Zusammenarbeit mit den Unternehmern zu überleiten, was unvermeidlich zur Niederlage der Arbeiter führt, die dann die sozialdemokratischen Führer den Arbeitern als «Erfolg» umdichten.

Darüber wäre sich der Großteil der Arbeiter schon längst klar, wenn die Kommunistische Partei eine richtige Politik triebe, insbesondere eine richtige Gewerkschaftspolitik. Statt dessen treibt sie seit langem die echt Stalinsche, also grundfalsche RGO-Politik. Viele Arbeiter sind über die fortwährenden Niederlagen so erbittert, daß sie den Glauben an die freien Gewerkschaften überhaupt verlieren und ihnen den Rücken kehren. Es gab Zelten, wo der Stalinismus diese Stimmung unterstützte durch die wahnsinnige Lösung: «Gründet rote Gewerkschaften!» Seit einiger Zeit hat sich der Stalinismus zu einer raffinierten Taktik «gewendet». Er ruft jetzt richtig: «Bleibt in den Gewerkschaften! Zurück in die Gewerkschaften! Arbeitet an der innergewerkschaftlichen Front!» Aber er ruft dies nicht ausgerichtet auf das Ziel der revolutionären Gesundung der Gewerkschaften, sondern ausgerichtet auf das Ziel der Schaffung selbständiger «roter» Verbände. Freilich hütet er sich, insbesondere in Oesterreich, dies öffentlich auszusprechen. Aber jeder halbwegs denkende Arbeiter erkennt deutlich, daß die ganze RGO-Politik faktisch und bewußt auf die Schaffung neuer «roter» Gewerkschaften, also auf Gewerkschafts-

spaltung ausgeht. Und jeder halbwegs denkende Arbeiter, mag er mit der reformistischen Politik der Gewerkschaften noch so unzufrieden sein, lehnt die Spaltung der Gewerkschaften ab. Mit Recht!

Denn etwas anderes ist die Partei der Arbeiter, und etwas anderes sind die Massenorganisationen der Arbeiter, voran die Gewerkschaften. Die proletarische Partei soll und muß nur die Elemente umfassen, die in allen Grundlagen des proletarischen Kampfes übereinstimmen. Lieber eine Partei von 5000, die einzig ist in allen Grundfragen der proletarischen Strategie und Taktik, als eine Partei von 500.000, die durch die Widersprüche in den Grundfragen des proletarischen Klassenkampfes zerrissen ist, mag sie es noch so schlaue Verkleisterungen. Dagegen die proletarischen Massenorganisationen, insbesondere die Gewerkschaften, sollen möglichst alle Arbeiter ohne Unterschied umfassen, und die Aufgabe der Kommunisten ist die, unter der Anleitung der Kommunistischen Partei so planmäßig, so ausdauernd, so klug in den Gewerkschaften zu arbeiten, daß sie durch diese ihre Arbeit das Vertrauen der Masse der Gewerkschaftsmitglieder und dadurch die Führung der Gewerkschaften gewinnen. Das ist die Leninische Gewerkschaftslinie, aber die hat der «Meister» Stalin zum alten Eisen geworfen, die Stalinische RGO-Politik aber geht aus auf die Gründung selbständiger, neuer «roter» Gewerkschaften, also auf Gewerkschaftsspaltung.

So stehen die Arbeiter zwischen zwei Uebeln: Auf der einen Seite werden die Gewerkschaften geführt von den Reformisten, auf der Linie der Zusammenarbeit mit den Unternehmern, was zu fortwährenden Niederlagen der Arbeiter führen muß und führt. Auf der anderen Seite rufft sie die RGO zum Kampf gegen den reformistischen Verrat — und es ist ein wirklicher Verrat, den die Reformisten an der Arbeiterklasse begehen — auf der Linie der Spaltung der Gewerkschaften. Den Gewerkschaften den Rücken kehren, die Gewerkschaften spalten, das heißt, die zum Kampfe unumgänglich notwendige Waffe wegwerfen, zerbrechen. Die Reformisten führen die Waffe der Gewerkschaft so verräterisch, daß die Arbeiter geschlagen werden. Aber die Waffen wegwerfen, die Waffen spalten, zerbrechen, das hilft nicht den Arbeitern, sondern verhilft nur den reformistischen Führern dazu, daß sie ihre Verratspolitik weiter fortsetzen können. Die Wirkung der RGO-Politik ist die, daß die guten Elemente in den Gewerkschaften außerstande sind, wirksam gegen den reformistischen Gewerkschaftsverrat anzukämpfen.

Die gesamten Anstrengungen der Gewerkschaften müssen darauf konzentriert werden, dem Lohnangriff der Unternehmer endlich den ersten Kampf der Arbeiter entgegenzusetzen. Die gesamten Anstrengungen der Gewerkschaften müssen vereint werden auf diese Hauptfrage, der alle anderen Fragen untergeordnet werden müssen. Die Arbeiter selbst müssen das erzwingen. Dazu müssen sie in der Gewerkschaft bleiben. Dazu müssen sich alle klassenbewußten Arbeiter in den Gewerkschaften zusammenschließen zur Gewerkschaftsopposition, die sich zum Grundziel steckt, die Gewerkschaften umzuwandeln in Kampforganisationen. Die Kommunistische Partei aber muß das mit allen Mitteln unterstützen, indem sie die grundfalsche RGO-Politik offen verwirft und übergeht zur Gewerkschaftspolitik Lenins, welche lautet: **Organisation einer revolutionären Opposition in den Gewerkschaften mit dem Ziel, die Gewerkschaften zu gesunden, sie umzuwandeln in Organisationen des proletarischen Klassenkampfes!** In demselben Maße, als sich unter Anleitung der Kommunistischen Partei die Kommunisten in der gewerkschaftlichen Arbeit, in der Arbeit im Betrieb, im gewerkschaftlichen Kampf überhaupt bewähren, und zwar nicht nur als Kämpfer, sondern auch und vor allem als Führer bewähren, in demselben Maße wird sich wirklichen die Führung der Gewerkschaften durch die Kommunisten, durch die Kommunistische Partei.

»Das Volk ist schuld«

Der Reichstag unter Verfassungsbruch aufgelöst. «Wenn Ruhe und Ordnung eingehalten wird», werden die Wahlen ausgeschrieben werden, verkündet Papen und läßt keinen Zweifel darüber, daß er vorher das Wahlrecht diktatorisch abändern wird.

Mit 513 zu 32 Stimmen hat der Reichstag die Papensche Notverordnung für ungültig erklärt und dadurch der Papen-Regierung tatsächlich das Mißtrauen ausgesprochen. Dennoch wagt es die Generalsregierung, den Reichstag davonzujagen und weiter zu regieren. Gewiß hat Papen Stütze an Mussolini, der für Deutschlands Aufrüstung eintritt, weil er den Bundesgenossen sucht und braucht gegen Frankreich. Doch letzten Endes hält sich die Papen-Regierung nur dank des gegenwärtigen Kräftegleichs der Klassen in Deutschland. Nicht auf die Worte und Finten der Parteien, sondern auf deren wirklichen Willen und Handeln müssen die Arbeiter achten, dann löst sich ihnen das Rätsel.

Hitler und Papen wollen dasselbe, aber sie wollen es mit verschiedenen Methoden, darum ringen sie um die Führung. Die Zeit, da der Faschismus eine selbständige, eine kleinstädtische Rolle spielen wollte, ist längst vorbei. Der Nationalsozialismus, die NSDAP, ist ein Instrument der Bourgeoisie, «der Führer» Hitler Hampelmann des Großkapitals. Nicht Kleinbürgertum und Bourgeoisie ringen in der Person Hitlers und Papens miteinander, sondern es ist ein Ringen innerhalb der Bourgeoisie selbst, wie die Krise auf Kosten der Arbeiter zu überwinden sei, ob durch die bonapartistische Diktatur Papen-Schleichers oder durch die faschistische Diktatur Hitlers. Die entscheidenden Schichten der Bourgeoisie sind einseitig für den Bonapartismus, sie glauben, so billiger und mit kleinerem Risiko das Ziel erreichen zu können. Sobald sich der Bonapartismus als unfähig erweist, die Aufgabe zu lösen — und die Verschärfung der Krise, die in diesem Winter das größte Ausmaß erst erreichen wird, wird das klar zeigen — wird die Bourgeoisie dem Faschismus den Vorrang geben.

Die Papen-Regierung hält sich also, weil die Bourgeoisie die bonapartistische Diktatur will und weil der faschistische Knecht, dem Kommando seines kapitalistischen Herrn folgend, die bonapartistische Diktatur stützen muß und stützt, worüber die parlamentarischen und sonstigen Purzelbäume der Nazis nicht täuschen dürfen.

Die Papen-Regierung hält sich aber auch dank der Tolerierung durch Zentrum und SPD. Zentrum und Sozialdemokratie wollen die «demokratische» Sanierung der Bourgeoisie auf Kosten der Arbeiter. Scheinbar kämpfen sie gegen die Generalsdiktatur, besonders die SPD ergeht sich in grimmigen Gesten, in Wirklichkeit arbeiten Zentrum und SPD unter der Hand zusammen, behandeln Papen als das «kleinere Uebel», helfen dem Bonapartismus gegen den Faschismus, sie tolerieren die Generalsdiktatur. Im Ueberwachungsausschuß nach Auflösung des Reichstages schrien Zentrum und SPD vollkommen richtig: Die Auflösung des Reichstages ist Verfassungsbruch! Doch als es darum ging, daß der verfassungsbrecherisch aufgelöste Reichstag sich dem Verfassungsbruch entgegenstellt, da haben die SPD und Zentrum das gemeinsam — verhindert. Es ist bezeichnend, daß die «Arbeiter-Zeitung» darüber schweigt. So sucht die SPD über ihre wirkliche Rolle die Arbeiter zu täuschen. Um ihre Rolle zu maskieren, hat sie ein «Volksbegehren» zum «Kampf» gegen die Papensche Notverordnung eingeleitet. Aber nur gegen den zweiten Teil. Gegen den ersten Teil der Notverordnung, der Milliardenbesenke den kapitalistischen Herren zuschiebt, hat der sozialdemokratische Lakei nichts einzuwenden. Gegen den Faschismus vertritt die SPD auf die kommenden Wahlen . . .

Nach der Sozialdemokratie (siehe «Arbeiter-Zeitung» vom 13. September) ist das «Volk» daran schuld, daß die Dinge so in Deutschland gekommen sind. Das Volk sei nämlich so dumm gewesen, die Nazis und die Kommunisten zu wählen, dadurch sei der SPD und ihrer Koalition die Mehrheit verloren gegangen, dadurch sei der deutsche Parlamentarismus ohnmächtig geworden, dadurch sei die Generalsdiktatur ermöglicht

worden, dadurch halte sie sich an der Macht. Ist denn das Volk von selbst so dumm geworden? Ja, wer hat denn das Volk so dumm gemacht? Wie entsetzlich dumm, wie niederträchtig gemein, wie verräterisch muß die Politik der Sozialdemokratie 1918/19 und dann die langen Jahre darauf gewesen sein, daß das Volk so «dumm» geworden ist. «Das Parlament bedeutet gegen die Bureaukratie und die Generäle, gegen die Gendarmerie und Polizei nur solange eine Macht, als das Volk hinter ihm steht, entschlossen, das Recht und den Willen seiner Vertreter gegen die herrschende Gewalt zu unterstützen», schreibt die «Arbeiter-Zeitung». Ihr Heuchler, ihr habt 1918/19 Arme, Polizei, Gerichte, Bureaukratie in der Hand der Kapitalisten gelassen, um damit die Arbeiterrevolution blutig niederzuschlagen, ihr habt die Macht den Kapitalisten gelassen, ihr habt das «Volk» um die Macht betrogen, jetzt, da die furchtbaren Folgen eures Verrates sich immer blutiger am Leib des «Volkes», am Leib der Arbeitermassen zeigen, jetzt redet ihr euch auf das «Volk» aus, ihr schamlosen Betrüger! Nicht das «Volk», sondern ihr seid schuld, der sozialdemokratische Verrat an den Arbeitermassen ist schuld, die sozialdemokratische Politik, die Sozialdemokratie ist schuld!

Das sagt die Kommunistische Partei, und sie hat vollkommen recht. Sie ist im Interesse der Arbeiterklasse verpflichtet, das zu sagen. Tausendmal recht hat die Kommunistische Partei, das Brandmal des Arbeiterverrates auf der Stirn der Sozialdemokratie den Arbeitern immer wieder zu zeigen. Infolge ihrer Stalinischen Einstellung jedoch übersieht die KP eine Tatsache: selbst die Hunderttausende sozialdemokratischer Arbeiter, die die «Fehler», das heißt den Verrat der SP von 1918/19 und der folgenden Jahre bereits erkennen, sind heute der Meinung, daß die SP es mit den Arbeitern «gut meine», daß sie eine Arbeiterpartei sei, die gefehlt habe, aber aus den Fehlern lerne und sich nicht mehr wiederholen werde. In der Tat schwindet das die SP — besonders in Oesterreich — in raffinierten, zu nichts verpflichtenden Andeutungen den Arbeitern vor. Die sozialdemokratischen Arbeitermassen von diesen gefährlichen Illusionen zu befreien, das ist die KP mit ihrer stalinischen Politik außerstande.

Scheinbar ist das, was die Stalin-Bureaukratie tut, sehr radikal: Durchführung der Notverordnung einstellen! Die vorhandenen Geldmittel der Verfügungsgewalt der Reichsregierung entziehen! Aber diese Auforderung richtet sie an die — Finanzbehörden, an alle Behörden, an dieselbe Bureaukratie, die ja die Hauptstütze der Papen-Regierung ist. . . «Die gesamte Bevölkerung wird aufgefordert, einstweilen keine Steuern mehr zu leisten, sich den Abzügen von Lohn und Gehalt, ebenso wie der Herabsetzung der Löhne zu widersetzen!» Das klingt etwas besser. Doch mit guten Tips ist die «gesamte Bevölkerung» bis über die Ohren versehen. Nicht auf Tips, mögen sie noch so radikal klingen, sondern darauf kommt es an, die wirklich großen Massen, die Riesenmassen, die Millionenmassen wirklich zu mobilisieren, wirklich in Schwung zu setzen, zum ersten Kampf gegen Bonapartismus und Faschismus, gegen die kapitalistische Sanierung, für die Sanierung der Massen auf Kosten der Kapitalisten. Hier versagt die KP vollständig durch den Bankrott der Stalinischen Politik.

Zurück zur Taktik der **Leninischen Einheitsfront!** Entfacht den Massendruck von unten, um gegen Faschismus, Bonapartismus, kapitalistische Sanierung die **Kampfeinheitsfront** zu erzwingen von KP, SP und Gewerkschaften. So erst werdet ihr das, was heute nur die Kommunisten sehen, das Packeln der SPD mit dem Zentrum, das Tolerieren der Papen-Schleicher durch die SPD, und daß die SPD eben dadurch dem Faschismus weiter die Bahn bricht, sichtbar machen den Millionenmassen, so erst werdet ihr die Millionenmassen mobilisieren, so werdet ihr Papen-Schleicher, so werdet ihr Hitler schlagen. Erst im Kampf der Einheitsfront der proletarischen Millionenmassen werden die sozialdemokratischen Arbeitermillionen durch ihre Erfahrungen in diesem Kampf die volle Wahrheit er-

kennen und damit auch die Notwendigkeit der Führung des Kampfes der gesamten Massen durch die Kommunistische Partei.

Die Stalinische Einstellung hindert die Kommunistische Partei das zu tun, was allein das Proletariat retten, zum Siege führen, der Kommunistischen Partei die führende Rolle erkämpfen kann. Die Ueberwindung des Stalinismus, der Uebergang zur marxistisch-leninistischen Politik wird zum dringenden Gebot bei Strafe der furchtbarsten Niederlage für die deutsche, für die Weltarbeiterklasse, eine Niederlage, die die Position auch der Sowjetmacht auf das schwerste erschüttern würde. Kommunisten, macht Ordnung in der Partei: **Zurück zu Marx und Lenin und vorwärts wieder auf ihrer Linie!**

Börse und Krise

Papens Riesenfischzug eröffnet den deutschen Kapitalisten neue Profitmöglichkeiten, belebt die deutsche Börse und weiterwirkend alle Börsen, die an dem Profit der deutschen Kapitalisten mitprofitieren. Aber der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und der Massenkaufkraft, die Grundwurzel der Krise also, wird dadurch nicht überbrückt. Im Gegenteil. Gerade durch diesen Riesenfischzug wird die Massenkaufkraft noch viel tiefer gedrückt, die Krise ist nicht überwinden. In paar Monaten, gerade im schärfsten Winter, wird es sich zeigen, daß sie nur verschärft worden ist. Die ganze Politik Papens, die das wirkliche Programm Hitlers durchzuführen sucht, ist aufgebaut auf der Rechnung, daß das Ende der Krisenwelle bereits da sei und es der wirtschaftliche Anstieg der Papen-Regierung ermöglichen werde, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Diese Rechnung stimmt nicht. Der Winter wird es zeigen. Die Krise geht ihrer größten Verschärfung in diesem Winter entgegen. Der Bonapartismus wird sich unfähig erweisen, die Krise zu meistern, die Bourgeoisie wird dann zum Faschismus übergehen, um es mit diesem ihrem letzten Mittel zu versuchen. Die Einheitsfront der proletarischen Millionenmassen wird den Faschismus besiegen.

Pallawatsch

Jahrelang haben Stalin und seine Bürokraten verkündet, die faschistische Diktatur in Deutschland (auch in Oesterreich) sei längst schon aufgehört, es handle sich nur um Änderungen innerhalb der bereits längst bestehenden faschistischen Diktatur. Wer dem widersprach, wurde als «Konterrevolutionär» ausgeschlossen. Unter dem Druck der linksoppositionellen Kritik mußte Stalin und seine Beamten diesen Unsinn aufgeben. Vollkommen richtig schreibt die «Rote Fahne» vom 14. September: «Die kommunistische Fraktion erblickt in dem Versuch der Papen-Regierung eine Abstimmung über ihre Notverordnung durch Auflösung des Reichstages zu vereiteln, einen weiteren Schritt zur Errichtung der faschistischen Diktatur.» Also ist noch nicht da, also ist die Papensche Diktatur noch nicht die faschistische Diktatur.

Doch in demselben Artikel schreibt die «Rote Fahne» etwas später von der «faschistischen Militärdiktatur der Papen und Schleicher» und auf einer anderen Seite derselben Nummer schreibt sie von den «militärfaschistischen Generalsdiktatur».

Also die «faschistische Diktatur» ist noch nicht da, aber die «faschistische Militärdiktatur» ist schon da . . .

Trotzkis Reise

Die tschechische Regierung hat Gen. Trotzki die Einreise in die C. S. R. verweigert (er wollte eine Kur dort machen). Die Sozialdemokratie nennt das mit Recht eine Schande. Allein haben die sozialdemokratischen Regierungen Hermann Müller und MacDonald nicht dasselbe getan?

Auf jedem Stadtbahnperron

kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen. Ferner an folgenden Stellen: Auszahlungsstelle ThaliastraBe 42 (Hauster); Trafik: Arbeitergasse 8, Siebenbrunnengasse 41 und 62, Reumannhof, Zeitungsstand Straßenbahnhaltestelle Mariahilfer Gürtel—Ecke MariahilferstraBe; Zeitungsstand Burging—Ecke Bellaria.

ZEICHNET DRESSFONDS!

Stalinsche Schützenhilfe

Die Bourgeoisie führt einen Verzweigungskampf um ihre Herrschaft. Die SP, getreu ihrer Lakaienrolle, sucht mit allen Mitteln das Proletariat vom wirklichen Kampf abzuhalten. Deshalb die Jungfrontbewegung, deshalb der Versammlungsrummel gegen Lausanne. Die Versammlungen, in denen sie einige Jungfrontler mit Phrasendreschen mißbrauchte, dienen in Wirklichkeit dazu, die Arbeiterschaft abzulenken von der Packetei der SP-Führer mit der Bourgeoisie in der Frage des «freiwilligen Arbeitsdienstes», lies: Arbeitsdienstpflicht, von ihrer Packetei in der Frage der Teuerung, von ihrer Packetei in der Frage des Lausanner Abkommens. Wie ernst es der SP mit ihrem Radikalismus ist, zeigt folgendes: Sonntag, den 4. September, war in Frohletten eine Jungfrontkundgebung, zu der die SP ganz Graz und Umgebung alarmierte. Rosenwirth, neugebackener Hauptmann, Sektionsobmann der Lokalorganisation Eggenberg, Schwiegersohn des vielfachen Hausbesitzers, des Reaktionärs Bagary, williges Stehaufläumchen der Otto Bauer und Co., dieser Held, der vor einigen Wochen noch von der Diktatur des Proletariats schmetterte, schickte alle Genossen, die mit Haselnußstöcken erschienen waren, nach Hause, so daß sie den bewaffneten Alpinesoldlingen schutzlos ausgeliefert waren. Weiter. Faschistische Mordbanditen haben in Deutschland gegen 200 Arbeiter gemordet, tausende schwer verletzt. In Graz, Leoben, St. Ruprecht wütet die braune Mordepest. Arbeiter, Jungspötl, Schutzbündler werden überfallen, mißhandelt. Gelassen erklärt der sozialdemokratische Bureaukrat Machold in einer Vertrauensmännerkonferenz am 8. September in Graz: «Wir stellen mit Bedauern fest, daß die Provokationen der Hakenkreuzler ein Todesopfer aus ihren Reihen gefordert hat.» Es fehlt nur noch, daß er dem Faschisten Tränen nachweint und ihm ein Denkmal setzt. Sozialdemokratische Arbeiter, erkennt das wahre Gesicht eurer Führer!

Die beste Schützenhilfe bei den sozialdemokratischen Täuschungsmanövern leistet die Stalinsche Bankrotropolitik. Welche Abwehrmaßnahmen haben die Kopenlig und Co. getroffen, um der Packetei der SP mit der Bourgeoisie wirksam entgegenzutreten? Gar keine! Welche außerparlamentarischen Aktionen hat die KPÖ organisiert, um die Massen gegen den kapitalistischen Raubfeldzug zu mobilisieren? Gar keine! Der Stalinismus verhindert es, daß die Massen Vertrauen zur KP gewinnen. Die Parolen der nationalen und sozialen Befreiung, des «Sozialfaschismus», der «Roten Einheitsfront», die Taktik des «Roten Volksentscheids» in Deutschland, das alles hat der KPÖ das Gegenteil vom Vertrauen der Massen gebracht und trotzdem — Fortsetzung der stalinstischen Bankrotropolitik. Durch die Fortsetzung dieser falschen, dem Proletariat schädlichen Politik, leistet die KP Schützenhilfe der sozialdemokratischen Verratspolitik und wird letzten Endes mit zum Wegbereiter der braunen Mordepest, zum Schrittmacher des Faschismus. Das Vertrauen der Massen zu erobern, muß Grundaufgabe der KP sein. Das kann aber nur erreicht werden durch die Liquidierung der Stalinschen General-Linie, indem die Komintern übergeht zur Taktik der proletarischen Einheitsfront und zurückkehrt zum Marxismus-Leninismus. Diesen Prozeß zu fördern durch Kampf im Bunde mit der KPÖ (Opposition), ist Pflicht jedes ehrlichen Parteikommunisten.

K. Ortner.

Ausbeutermethoden

Herr Kassner, Holz- und Kohlenhändler, in Graz Eggenberg, Pflanzgasse, nebenbei Eisenbahnpenionist mit S 400.— Pension, versteht sein Geschäft. Nämlich seine Arbeiter ausbeuten. Seinem Arbeiter Josef Riederer zahlte er bei sechzigstündiger Arbeitszeit S 12.—! Für 200 Kilogramm Kohle kassiert er eine Zustellgebühr von S 2.—, mit dem Hinweis, er müsse seinen Arbeiter bezahlen. Solche Zustellungen hat er im Sommer 10, im Winter durchschnittlich 40, das sind 20 bzw. 80 Schilling, die Herr Kassner pro Tag am Zustellen verdient. Dazu kommt noch der Profitanteil an Holz und Kohle. Seinem Arbeiter zahlte er aber pro Tag S 2.—! Feine Ausbeutermethoden. Arbeiterkommunisten merkt ihn!

Ein Holzarbeiter.

Brief aus Moskau

(Fortsetzung)

Eine andere Differenz bei den Spitzen berührt anscheinend die Frage der Wiederherstellung des Innenmarktes. Molotow soll dagegen gewesen sein. Man muß jedoch sagen, daß die Verschllossenheit der Parteispitze augenblicklich so groß ist, daß die Nachrichten über ihr inneres Leben kaum nach unten dringen. Außerdem spielen sich die inneren Kämpfe nicht in den offiziellen Anstalten, wie Polit-Bureau, ZK u. a. ab, sondern zwischen den vier Wänden des Generalsekretariats, im engen und engsten Kreis.

Wenn wir jetzt in der S. U. einige 100 Exemplare von jeder Nummer des Bulletin erhalten könnten, so würde die Lage in der Partei ganz anders aussehen. Der Bedarf an einer kritischen Beleuchtung der Lage und an einer Perspektive, der in der Zeit des «Kopfschwindels» von Erfolgen fast verschwunden war, ist jetzt neu erwacht und nimmt den Charakter des Dringlichen an. Aber das Bulletin kommt nur in vereinzelten zufälligen Exemplaren. Die bureaukratischen Spitzen lesen es natürlich. Aber das durchschnittliche Parteimitglied bekommt das Bulletin vom Auslande. Diejenigen, welche sich nicht entschließen, die frische Nummer des Bulletin in der Tasche mitzubringen, lesen es von Anfang bis zu Ende anderswo, und nichts kann sie natürlich hindern, die Ideen des Bulletin in ihren Köpfen mitzubringen. Durch sie verbreiten sich diese Ideen in breiteren Kreisen. Außerdem hält es die offizielle Presse für notwendig, in allen großen Fragen die Parole gegen die «konterrevolutionären Trotzkiismus» auszugeben. In der «Prawda», im «Bolschewik», in der «Leningrader Prawda», in der Provinzpresse, in der «Literaturzeitung» u. a., überall und immer kann man auf Zitate aus dem Bulletin stoßen oder auf eine Wiedergabe dieses oder jenen Artikels. Die Oppositionellen öffnen gerade unter diesem Gesichtspunkt eine frische Zeitungsummer oder schneiden eine frische Zeitschrift oder ein Buch auf: steht da nichts über uns? Die Zitate sind zwar fast immer verstümmelt, die Gedanken umgelogen wiedergegeben, doch haben wir in diesen Jahren viel gelernt, darunter auch: zwischen den Zeilen zu lesen. In 9 von 10 Fällen erraten wir fehlerlos, wie Sie in Wirklichkeit die Frage im Bulletin stellen.

Trotz ununterbrochener organisatorischer Zertrümmerungen lebt die Linke Opposition. Ueberall sind einzelne Oppositionelle sowie Gruppen verstreut, und an vielen Orten entdecken man bedeutende oppositionelle Herde. Kaum ist es irgendwann, irgendwo in der Welt einer wahrhaft marxistischen Strömung in technischer Hinsicht so schwer gewesen, ihre Arbeit zu leisten, wie uns jetzt in der S. U. Das ist einer jener bösen Scherze der Geschichte, an denen sich auch der erfahrenste Dialektiker die Zähne ausbrechen kann. Der äußerste Teil der Kapitulation begründet gerade damit seine Kapitulation: es ist ja doch unmöglich, eine illegale Arbeit zu leisten, besser ist es schon,

wenigstens ein ehrlicher Beamter des Arbeiterstaates zu sein. Doch erweist sich, daß der oppositionelle Gedanke Kanäle für sich findet. Auf diesem Gebiet muß ich natürlich sehr vorsichtig sein. Ich erwähne daher nur einige Tatsachen, welche eine gewisse Öffentlichkeit erlangt haben, richtiger gesagt, der Regierung bekannt geworden sind.

Im Betrieb «AMO» während der bereits erwähnten Unruhen erschienen Plakate. «Hände weg vom Arbeitslohn», und es wurde das Bild von Trotzki ausgehängt. Das Bild wurde von der Verwaltung entfernt. Die Bedeutsamkeit dieser Tatsachen bedarf keiner Erläuterungen. Uebrigens, der Betrieb «AMO» ist vor nicht langer Zeit auf den Namen Stalins umgetauft worden, doch entspricht auch hier der offizielle Name durchaus nicht dem wirklichen Inhalt. In einem anderen Betrieb, dessen Namen ich lieber nicht erwähne, wurde das Bild Lenins ausgehängt, aber derart montiert, daß es sich bei einer Annäherung von der Seite in das Bild von Trotzki verwandelte.

Die Autorität jener Oppositionellen, die sich nicht beugen, ist ungeheuer groß, bei der Parteilinse wie bei den Apparaturen. «Das sind Menschen!» sagen sogar die Gegner. Andere drücken sich genauer aus: «Richtige Bolschewiki!» Subjekte in der Art eines Radek rufen sogar in Bureaukratenkreisen ehrliche Verachtung hervor. Vor kurzem kam auf besondere Erlaubnis der Regierung N. I. Muralow in Familienangelegenheiten nach Moskau. Vieles ist ihm das nur erlaubt worden, um seine Festigkeit zu prüfen. Auf N. I. wurden einige von den anständigeren KapitulantInnen gelassen. Sie fragten bei ihm wegen einer Zusammenkunft nach. Er antwortete: «Wenn ich die Absicht habe, mich zu überreden, dann ist eine Zusammenkunft überflüssig. Diese Antwort ging sofort durch ganz Moskau und rief nichts als Lob hervor: «Bravo Muralow!» Die Zusammenkunft fand auch nicht statt. Muralow kehrte nach Sibirien zurück.

Anfang März wurde eine Haussuchung bei W. D. Kasparowa und bei ihrem Sohn unternommen. Bei dem Sohn fand man etwas «Kompromittierendes». Etwa das Testament Lenins? Oder vielleicht die Kopie jenes Briefes, in dem Lenin, vor seinem Tode, alle genossenschaftlichen Beziehungen zu Stalin brach? Nach Lenin sind nicht wenig solche «kompromittierenden» Dokumente geblieben. Aber wen kompromittieren sie? Eine Haussuchung war auch bei K. I. Grünstein und seiner Frau. Sie leben in Saratow. Stalin läßt die alten untauglichen Revolutionäre-Bolschewisten wie Kasparowa, Grünstein u. a. nicht ruhig aufatmen, eben weil er weiß, wie groß ihre Autorität ist, welche Achtung ihre Namen genießen.

(Schluß folgt)

Die Fortsetzung von Trotzki's Artikel über den stalinischen Zentrismus folgt in der nächsten Nummer.

Aus der Partei

Kopenlig und Toman

In der vorigen Nummer der «Arbeiter-Stimme» haben wir öffentlich festgestellt, daß die Burgenländische Arbeiter- und Bauernstimme das Organ ist der Tomanfraktion und daß die Tomanfraktion es in Wien redigiert. Die Burgenländische Arbeiter- und Bauernstimme, die inzwischen erschienen ist, nimmt dazu mit keinem Wort Stellung. Doch wer schweigt, gibt zu! Dieses Schweigen der Burgenländischen Arbeiter- und Bauernstimme bedeutet zugleich, daß die Tomanfraktion weiterhin verborgen aus dem Hinterhalt ihre «Ideen» in der Partei verbreiten will. Der tomanische Feldzugsplan ist dieser: Die Mitglieder der Partei sind darüber, daß die jahrelangen ununterbrochenen Anstrengungen und Opfer zu keinem greifbaren Erfolg für die revolutionäre Sache, für die Kommunistische Partei führen, außerordentlich unzufrieden. Diese Unzufriedenheit richtet sich — mit Recht! — gegen die Führung der Partei. Die Führung hat jedoch die erfahrenen Elemente aus der Partei herausgedrängt oder mindestens kaltgestellt. Die unerfahrenen Elemente, aus denen die Partei in der Hauptsache besteht, sind aus sich selbst heraus nicht imstande, ihrer berechtigten Unzufriedenheit politische Ausdrücke zu geben. Das schafft eine Stimmung, in der die grundehrlichen, aber unerfahrenen Mitglieder leicht Verführern zum Opfer fallen, die ihnen sagen, die Ursache des Versagens der Partei seien die persönlichen Charaktermängel der Mitglieder des ZK. Auf diese Stimmung spekuliert die Tomanfraktion. Darum ihre konzentrierte Kampagne gegen die Mitglieder des ZK und die Parteigestellten. Der Tomanfraktion handelt es sich nicht darum, der Partei politisch zu helfen — darum ist es ihr nie gegangen! — sondern einzig und

allein darum, die Futterkrippe zu erobern. Sie ist und bleibt die **Kassenkampf**fraktion. Das bedeutet nicht, daß etwa die Mittelungen über die Schweinereien der Kopenlig und Co. unwahr wären. Nein, sie sind leider alles w a h r. Allein die niederträchtigen Methoden der Kopenligfraktion sind nicht die Ursache des Versagens der Partei, sondern sie sind selbst die Folge jener Politik, die die kommunistischen Parteien lähmt, der stalinstischen Politik. Eine Politik, die seit Jahren die Kommunistischen Parteien, die Kommunistische Internationale immer tiefer führt, eine solche Politik kann nur mit niederrächtigen Methoden verteidigt werden. Eine Politik, die die Arbeitersache, die kommunistische Sache fort und fort schädigt, eine solche Politik kann den Kommunisten das Recht der Kontrolle, der Mitbestimmung der Politik der Partei nicht zugestehen, eine solche Politik muß, um sich weiter behaupten zu können, die Parteidemokratie, das Recht der Mitglieder, die Politik der Partei mitzubestimmen und zu kontrollieren, mit Füßen treten, mit all den giftigen Begleiterscheinungen, die damit unvermeidlich verbunden sind. Eine solche Politik muß fortwährend darauf ausgehen, jene auszusuchen, an sich zu ziehen, die «willfährig» sind, denen ihr Privatvorteil, eine Anstellung, eine Umsonsterei nach Rußland und dergleichen wichtiger sind, als das Interesse der Revolution, als das Interesse der Partei. Eine solche Politik muß zur Korruption führen.

Was will die Tomanfraktion? Sie will mit Drecksübelangriffen die Kopenlig und Co. diskreditieren, beseitigen, aber die Politik der Kopenlig und Co., die stalinstische Politik, die die Grundwurzel aller Uebel ist, die will die Tomanfraktion — fortsetzen.

Mit einem Wort, sie will die Mitglieder, die will die Partei betrügen: die Futterkrippe, die Kasse soll aus der Hand der Kopenlig und Co. in die Hand der Tomanfraktion, das ist alles, ansonsten aber soll es beim Alten bleiben. Sie gibt sich vor den Mitgliedern, die die Geschichte der Partei nicht kennen, den Anschein, als sei sie aus besserem Holz als die Kopenlig und Co. Die Mitglieder mögen wissen, daß die Tomanfraktion diejenige ist, die diese Dreckschmethoden der Kopenlig und Co. in die Partei überhaupt erst eingeführt hat. Niemand hätten die Dreckschmethoden der Kopenlig und Co. Raum gewinnen können in der Partei, wenn ihnen nicht die Toman und Co., die Sinowjiten, die Ruth-Fischer, Masslow und Co., in der Komintern, in allen kommunistischen Parteien mit der Anwendung dieser Methoden vorgegangen wären. So wie der «Meister Stalin» zuerst der Sinowjewfraktion angehörte, so gehörte auch das «Meisterlein» Kopenlig zuerst der Tomanfraktion an und hat alle Schweinereien, Lumpereien, Gaunereien der Tomanfraktion mitgemacht. Stalin hat die Dreckschmethoden Sinowjews mitangewendet, bevor er daraus seine höchsteingestaltete Stalinstmethode fabrizierte. Die Kopenlig und Co. haben die Dreckschmethoden Toman mitangewendet, bevor sie daraus ihre höchsteingestaltete Kopenligmethode fabrizierten, die nichts anderes ist, als die Stalinstmethode im österreichischem Format. Es ist notwendig, das durch einige Beispiele zu erhärten.

Die Burgenländische Arbeiter- und Bauernstimme Nr. 10 zeigt drastisch, wie das ZK-Mitglied Honner statt mit Gen. Frantschitz zu diskutieren, eine Prügelei gegen ihn organisierte. In der Tat hat die Kopenligfraktion die leninische Methode der Diskussion ersetzt durch die stalinsche Methode der Prügelei gegenüber allen, die die Politik oder auch nur die Methoden der Kopenlig und Co., das ist der Stalinfraktion, kritisieren. Was die Tomanfraktion gegen die Kopenlig und Co. sagt, ist also w a h r. Allein, wer hat diese Prügeleimethoden in die Partei eingeführt? Als der Kampf um die Gesundung der Partei 1922/23 begann, damals organisierten die Toman, Koritschoner und Co. eine Briggtenauer Prügelegarde, die sie von Bezirk zu Bezirk dirigierten, damit sie durch Prügeleien die Abstimmen der Mitglieder in den verschiedenen Bezirksorganisationen in tomanischem Sinne «korrigierte». Damit diese «Korrektur» aber ja sicher sei, wurden Mitglieder der Prügelegarde und andere Tomaniten, die mitdirigiert wurden, mit gefährlichsten Mitgliedsbüchern ausgerüstet und auf diese Weise wurden Bezirke «erobert». So geschah es z. B. 1923 in Favoriten, aber auch in anderen Bezirken. Das war die Art und Weise, wie die Toman, Koritschoner, Kopenlig und Co. im Bündnis mit den Rechten Strasser und Co. 1923 die Partei gegen uns Leninisten «eroberten».

Die Tomanfraktion klagt die Kopenlig und Co. an der **Protektionswirtschaft** und des **Doppelverdienertums**. Die Burgenländische Arbeiter- und Bauernstimme Nr. 10 schreibt:

«Die Führer, die aus persönlichen Gründen um jeden Preis sich an der Macht halten, weil sie ihre gutbezahlten Posten nicht aufgeben wollen, versuchen mit allen Mitteln, den wirklichen Zustand innerhalb der Partei vor der Mitgliedschaft und der Internationale zu verheimlichen und sie schließen jeden, der gegen diese Methoden auftritt, aus.»

Honner, der früher einmal Sekretär des Einheitskomitees war, dann Wiener Sekretär und jetzt Leiter der Gewerkschaftsteilung ist, war in allen seinen Funktionen vollkommen unfähig.

Aber in einem zeigte er sich auf großer Höhe: in Protektionswirtschaft. Wir werden demnachst unser Material veröffentlichen, aus welchem ersichtlich ist, was Genossen tun müssen, um die Protektion zu bekommen, damit sie eine Anstellung erhalten oder in die Sowjetunion kommen können.

Robert Taubel, der Org.-Sekretär: Er kaufte sich vor kurzem ein Motorrad, seine Freundin ist Beamtin im Spezbureau (Aufnahmestelle für Spezialisten in der Sowjetunion), Troms Frau ist beim Intourist angestellt, Kopenligs Frau ebenfalls im Spezbureau, Schüllers Frau in der Taß (Korrespondenzbureau für die Sowjetunion), die Frau Benedikts in der Ratao (russisch-österreichische Handelsgesellschaft) usw.

Doppelverdiener! Diese Frauen der ZK-Mitglieder, die alle selbst Parteigestellte sind, haben sich wahrlich keine minder bezahlten Posten ausgesucht.

Gegen die Doppelverdiener! So schreien die ZK-Mitglieder mit demagogischen Phrasen hinaus und dabei sind sie selbst die schmutzigsten, raffiniertesten Doppelverdiener. Wie viele arbeitlose Parteigenossen und Genossinnen könnten ihre ganze Familie

ernären, wenn sie den vierten Teil von dem Einkommen hätten, was ein solch gutbezahltes Führerhepaar verdient.

Von den Proleten, den Mitgliedern, verlangen sie Opfer, — ja, das ist etwas anderes! Das sind die wahren Gründe, warum sich diese ZK-Mitglieder mit allen Mitteln an der Macht halten wollen, denn Macht heißt bei ihnen die Möglichkeit zur Vergebung gut bezahlter Posten für die eigene Frau und diverse Freunde und Freundinnen.

«Sind das die rechten Führer jener Partei, die die proletarische Revolution machen wollen?» fragt die Burgenländische Arbeiter- und Bauernstimme und sie hat mit dieser Frage vollkommen recht. Denn all dies ist wahr, denn in der Tat, so arbeiten die Koplenig und Co.! Aber sind die Toman und Co. diejenigen, die die Partei von diesen Schweinereien, diesen Korruptionsmethoden befreien können? Wer die Geschichte der Partei nur ein wenig kennt, der weiß, daß die Toman und Co. all dies selbst betrieben haben (mit Koplenig im Bunde, der ja damals Mitglied der Tomanfraktion war). Der Posten der letzten Kiosettfrau in der russischen Mission wurde von den Toman und Co. nach den Methoden der Korruption besetzt. Waren nicht Toman und seine Frau durch lange Jahre Doppelverdiener? War nicht der Stabschef Tomans, jener Julius Deutsch, durch Jahre Doppelverdiener? Und waren nicht andere «Führer» und Helden der Tomanfraktion Doppelverdiener, und zwar gut und sehr gut bezahlte Doppelverdiener? Es ist reine Demagogie, würdigen Tomans und — Koplenigs.

In einem Flugblatt schreibt die Tomanfraktion: «Koplenig, Schüler und Benedikt führen seit Jahren die KPÖ. Jeder Genosse, der längere Zeit in der Partei ist und wirklich das Interesse der kommunistischen Bewegung vor Augen hat, wird die ganze Zeit hindurch beobachten können, daß diese Leute einen ununterbrochenen persönlichen Kampf gegen jeden führen, der sich ihnen nicht bedingungslos unterordnet.

Diese Leute — Koplenig, Schüler, Benedikt — verstehen die kommunistische Politik so, daß ihre unumschränkte Kommandogewalt in der Partei durch Hinzuworf oder Entfernung aller selbständig denkenden, wirklich proletarischen Elemente durchgeführt wird, während sie sich mit Heuchlern, Dieben, Polizeispitzeln und Abgesandten der faschistischen Organisationen verbinden.

Genossen! Leset die letzte Nummer der «Roten Fahne» nach und ihr werdet finden, daß sehr viele Ausschlüsse aus der Partei wegen Unterschlagung von Parteigeldern und Spitzeltätigkeit vorgenommen werden mußten. Das ist doch kein Zufall, sondern das ist das Ergebnis der persönlichen Politik dieses Zentralkomitees. Es sind Menschen, die an dem Proletariat verdienen wollen, indem sie die blutigen Proletariatsgrößen unterschlagen oder sich den Sündenlohn von der Polizeidirektion oder faschistischen Organisationen holen.

Nach einer Reihe Organisationen in Oesterreich, welche dieses Zentralkomitee zerschlugen hat (z. B. den Grazer Schutzbund, — Wien Keis IV, wo man an die Spitze eines gewissen Scheurer stellte, der ins Kreissekretariat eingebrochen ist und die Schreibmaschine gestohlen hat — Jugend Wien II — Proletkult und noch eine Unmasse von Parteiorganisationen in der Provinz), setzt der Fall Burgenland die Krone auf.

In der Zeit, wo die kommunistische Internationale die Parole ausgibt, eine Kampfeinheitsfront des Proletariats zu schaffen, zerstört dieses ZK die eigenen von den revolutionären Arbeitern schwer aufgebauten Parteiorganisationen. Ihr schändliches Treiben aber versuchen sie mit lügnerschen, verleumdenden Rundschreiben in der «Roten Fahne» zu maskieren.

Vollkommen wahr! Denn in der Tat, so treibt es die Koplenigfraktion! Aber wer hat mit diesem persönlichen Kampf begonnen? Wer hat z. B. den persönlichen Kampf gegen Gen. Frey durch Jahre systematisch betrieben mit niederträchtigen Lügen und Verleumdungen? Wer anders als die Toman-Koritschoner-Fraktion in holder Eintracht mit den Rechten Strasser und Co. und mit Koplenig, der der Tomanfraktion damals angehörte und der diese Methoden später auf eigene Rechnung übernahm und sie noch heute weitertreibt. Wer hat mit dem Fälschen, Vergiften, Erstickern der Diskussion, wer mit dem Zertrampeln der Parteidemokratie begonnen? Wer anders als die Tomanfraktion, deren Mitglied damals auch Koplenig war! Wer hat damit begonnen, sich mit Heuchlern, Dieben, Polizeispitzeln zu verbünden gegen die eigenen Parteigenossen? Wer anders als die Tomanfraktion, zusammen mit ihrem damaligen Mitglied Koplenig! Wer hat damit begonnen, ganze Organisationen zu zerschlagen? Wer anders als die Tomanfraktion zusammen mit ihrem damaligen Mitglied Koplenig! All diese Methoden haben diese Helden ja in holder Eintracht im Bunde mit den Rechten angewen-

det gegen uns, gegen die «Freyfraktion», das heißt gegen die, die für die Linie Lenins kämpfen und kämpfen!

Die Tomanfraktion klagt über die falsche Berichterstattung. In der Tat, was die Koplenig und Co. nach Moskau berichten, ist planmäßiger Betrug, der immerfort «große Erfolge» nach Moskau meldet, um aus Moskau möglichst «große Erfolge» für die eigenen Taschen zu erzielen. Aber all das hat Koplenig von Toman gelernt, dessen Fraktion er angehörte. Mit den Lügenberichten nach Moskau, damit hat die Tomanfraktion begonnen. Man muß übrigens wissen, daß die Stalin und Co. mit diesem Lug und Betrug rechnen. Sie kennen die wahre Lage und sie halten mit vollem Bewußtsein die Lügner, Betrüger, Korruptionisten an der Spitze der Kommunistischen Parteien, weil ihre, das Proletariat, die proletarische Revolution, die Kommunistische Partei schädigende stalinistische Politik auf die Dauer mit anderem Menschenmaterial nicht zu machen ist, als mit Lügnern, Betrügern, Korruptionisten. Die Koplenig und Co. mit ihrer Impotenz, mit aller ihrer Niederträchtigkeit und Korruption sind nur die unvermeidliche Folge der Stalinwirtschaft. Wer die Partei davon befreien will, der darf der Tomanfraktion nicht auf den Leim gehen. Denn Toman ist der Lehrer Koplenigs in der

Lumperei, Koplenig ist nur ein Schüler Tomans, ein Schüler allerdings, der sich in der Lumperei zu solcher Meisterschaft entwickelt hat, daß er sogar denjenigen, der ihm die Lumperei gelehrt, nach allen Regeln der Lumpenkunst hineingelegt hat.

Wer die Partei gesunden, wer die Partei reinigen will, der muß die Uebel in der Grundwurzel packen, in der politischen Wurzel. Die Lösung kann nicht lauten, zurück von Koplenig zu Toman, von Stalin zu Sinowjew, vom Zentrismus zum ultralinken Menschewisismus. Sondern die Lösung muß lauten: **Schluß mit dem Zentrismus, das ist Schluß mit der stalinischen «Generallinie». Schluß mit dem Stalinismus! Zurück zur marxistisch-leninistischen Linie, zurück zu Lenin!** Da für kämpft die KPÖ (Opposition) und wem es ernst ist um die Gesundung der Partei, dessen revolutionäre Pflicht ist es, im Bunde mit der KPÖ (Opposition) zu kämpfen!

Nachtrag: Die «Burgenländische Arbeiter- und Bauernzeitung» Nr. 11 berichtet: In Wirklichkeit wurde also in Forchtenau vom ZK nicht eine neue Gruppe von 30 Mann gegründet, sondern die von Genossen Frantschitz und der burgenländischen Landesorganisation geschaffene Gruppe von 26 Mann in unverantwortlicher Weise von Honner und den anderen ZK-Mitgliedern zerschlagen. Und so etwas bringt die RF als Erfolg unter dem Titel: «Wir stoßen vor!»

proletarischer Einheitsfront haben wir uns etwas anderes vorgestellt als die «antifaschistische» Aktion. Wohl hat die «Antifa» einige tausend Arbeiter erfaßt, aber die Einheitsfront ist das nicht. Die wirkliche Einheitsfront erfaßt nicht Tausende, sondern setzt Hunderttausende und Millionen in Schwung, auch gegen den Willen und trotz der Sabotage der sozialdemokratischen Führer. Diese Einheitsfront muß erkämpft werden, denn nur mit ihr kann der Faschismus geschlagen werden.

Dies alles sahen wir. Und wir erkannten nach und nach auch die Ursachen. Und weil wir diese Dinge ändern wollen, weil wir nicht gewillt sind, weiter zuzusehen, daß unsere Kommunistische Partei zugrunde gerichtet wird, und weil wir wissen, daß wir den Kampf für die Gesundung der KP nur dann erfolgreich führen können, wenn alle Genossen, denen es ernst um die Sache ist, zusammenarbeiten, darum haben wir uns zu einer Fraktion in unserer Partei zusammengeschlossen, die Hand in Hand arbeitet mit der Kommunistischen Partei (Opposition), die sich in jahrelangem Kampf um dasselbe Ziel als die Vorkämpferin der Parteigesundung bewährt hat.

Ständig kommen Funktionäre der Partei durch ihre revolutionäre praktische Erfahrung in Widerspruch mit der Parteilinie. Diese werden dann stets als «verkalte Elemente» und Opportunisten zur Seite gestellt und mittels Kaderaustausch durch andere Genossen ersetzt. Gegenseitiges Mißtrauen, Denunzierungen, Ausschlußheize sind die Folgen und nehmen der Partei jede Entwicklungsmöglichkeit. Kann unter solchen Umständen die Partei ihre Aufgabe erfüllen? Besteht nicht die Gefahr, daß man auf dieser Grundlage weiterwursteln wird, so wie man es jetzt schon sehr geschlagene Jahre tut?!

Parteigenossen! Wir sagen euch: Diesen Zustand der Partei kann man, muß man, wird man ändern. Aber er kann einzig und allein geändert werden — durch euch selbst! Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Ihr alle wißt, wie furchtbar groß die faschistische Gefahr geworden ist, ihr alle wißt, daß das Proletariat sich nicht auf die Sozialdemokratie verlassen kann, ihr alle wißt, daß die Arbeiter nur erfolgreich kämpfen können unter Führung der KP, und ihr alle kennt den Zustand der Partei. Darum müßt ihr jetzt endlich handeln; ihr müßt euch alle, die ihr es ehrlich mit der Partei meint, zu Fraktionen zusammenschließen, die illegal in der Partei arbeiten und so dem Zugriff der Bürokratie unerschwingbar sind. Bildet Fraktionen wie wir in Währing! Linksoppositionelle Fraktionen, die zusammenarbeiten mit der Kommunistischen Partei (Opposition)! Gegen jeden sinnlosen Kaderaustausch, für die proletarische Einheitsfront, für eine grundsätzliche Umstellung der Politik der Partei auf die marxistisch-leninistische Linie!

Die Mitglieder dieser Fraktionen sind verpflichtet, die Partei zu aktivieren, jede Spaltung und Schwächung der Partei zu vermeiden, gegen Spaltung und Schwächung der Partei anzukämpfen, alle aktiven, ehrlichen Kommunisten zu sammeln für die Parteigesundung. Laßt euch nicht abschrecken. Die Bürokratie wird schreien und zeternd über Fraktionismus usw. Aber sie schreien nur, nicht weil es ihnen um die Sache der KP geht, sondern weil sie um ihre Posten zittern. Macht Fraktionen gemeinsam mit der KPÖ (Opposition), dann, und nur dann wird es gelingen, die Partei umzustellen auf die richtige, auf die revolutionäre Linie. Dann aber ist der Weg frei für die kommunistische Massenpartei.

- Bezirksorganisation XII/V. Jeden Freitag abends: Gasthaus Kirchner, XII., Rosaliagasse Nr. 11.
- Bezirksorganisation XVI. Jeden Freitag abends: Gasthaus Kraus, XVI., Hasnerstraße 50
- Bezirksorganisation XVIII. Jeden Donnerstag 8 Uhr, im bekannten Lokal.
- Bezirksorganisation XXI. Jeden Freitag abends im Gasthaus Renda, XXI., Brünnerstraße 51.
- Bezirksorganisation Graz: Auskünfte, Zuschriften an die «Arbeiter-Stimme» werden entgegengenommen jeden Donnerstag 7 bis 8 Uhr abends, im Kommunekeller Eggenberg, Rochelgasse 52.

Eigentümer: Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße Nr. 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Stüpschitsch, Wien, XVI., Sautergasse 27. — Druck: «Icarus», Wien, VII.

Aus der Opposition

Aufruf der linksoppositionellen Parteimitglieder Währings an die Parteimitgliedschaft

In der letzten Nummer der «Arbeiter-Stimme» wurde die Gründung einer oppositionellen Zelle in Währing bekanntgegeben. Wir glauben, daß es notwendig ist, die Gründe zu veröffentlichen, die uns zu diesem Entschluß geführt haben.

In der ganzen Skrupellosigkeit ihrer Methoden hat sich unsere Parteiführung gegenüber einzelnen Genossen von Währing gezeigt, die berechtigte Kritik an ihr übten. Gerade die Währinger Organisation hatte bewiesen, daß sie bemüht war, den Parolen der Partei nachzukommen, daß jeder Funktionär seine Pflicht als Kommunist erfüllte. Trotzdem hat man jene Genossen gerade in der Situation, die für den Bezirk wie für die ganze Partei wichtig war, in gemeinster Weise unmöglich gemacht und dadurch jahrelange mühsame Arbeit vernichtet. Wohl protestierte der größte Teil der Währinger Genossen gegen dieses Vorgehen der Kreis- und Stadtleitung. Damals bestand noch keine organisierte Opposition im Bezirk, damals hatte noch kein Genosse Verbindung mit der KPÖ (Opposition). Nur deshalb gelang es Hexmann und Stein, mit Hilfe von Leuten wie Kreutner und Teufel und mit Ausnützung von persönlichen Differenzen und Verleumdungen niedrigster Art ihr Vorhaben durchzuführen. Man nahm auch als Vorwand das Erscheinen von Artikeln in der «Arbeiter-Stimme», doch hatten die Artikel einige Genossen nur deshalb geschrieben, um so gegen das Vorgehen der Hexmann und Co. an die Parteipublizität appellieren zu können, ohne aber daß sie mit der Opposition in näherer Verbindung gestanden wären. Mit Wissen und Duldung der Kreis- und Stadtleitung stellte der Spitzel Kreutner Terrorgruppen gegen bestimmte Genossen auf. Dadurch wurde auch das Währinger, das einzige Bezirksarbeitslosenkomitee von Wien zerschlagen. Die Parole war: «Die Trotzkisten müssen hinaus und wenn alles zugrunde geht». Die Stadtleitung hat gar nicht daran geglaubt, aber sie wollte so die ihr unbeliebten Genossen unmöglich machen. Wären wir damals eine organisierte Opposition gewesen, so wäre es der Stadtleitung bestimmt nicht so leicht gelungen, die Währinger Organisation zu zerschlagen. Erst im Mai dieses Jahres schlossen sich einige Genossen zu einer Fraktion zusammen, zu dem Zweck, den Verfall der Währinger Organisation aufzuhalten und der Vorgangsweise der Parteiführung entgegenzutreten. Gerade jene Genossen, welche die Stadtleitung bedenkenlos unterstützten, kümmerten sich überhaupt

nicht um die Organisation. Natürlich hatte man eine billige Ausrede: Da sind eben die sabotierenden «Trotzkisten» schuld. Nun, sabotieren brauchen wir Linksoppositionelle nicht, sabotieren werden wir nie, die Sabotage besorgt schon die Politik der Stalin-Bürokratie.

Mit solchen Methoden gegen ehrliche Parteimitglieder und planloser Arbeit kann die Partei nicht vorwärtskommen. Wohl hat man Sturmpläne, aber sie sind wertlos, weil sie von oben herab einfach diktiert werden. Die Parteiführung müßte z. B. die «Kaderfrage» liquidieren. Und das kann sie wieder nicht, weil sie sich dann auf die erfahrenen Genossen stützen müßte. Diese aber würden die stalinistische Politik nicht mitmachen, sie würden auf ihr gutes Recht nicht verzichten, die Politik der Partei mitzubestimmen. Und so bleibt man eben bei der Kaderfrage. Nachdem man uns unbegründeterweise als Trotzkisten und Konterrevolutionäre hinstellte, nun erst begannen wir uns mit dem Problem «Trotzkismus» näher zu befassen. So kamen wir darauf, daß die Handlungsweise gegen uns kein Zufall war, daß sie vielmehr in der Parteilinie bedingt ist. Und jetzt erst sahen wir, daß der Weg der Linksopposition der richtige ist.

Wir sahen, daß durch die Anwendung der Kaderfrage die Partei auf das schwerste geschädigt wurde. Wir sahen, daß die Politik der Partei überall versagt. Die Partei ist nicht imstande, die Massen gegen die Angriffe der Kapitalisten, der Faschisten wirklich zu mobilisieren. Die Partei ist nicht imstande, eine erste revolutionäre Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Überall Schläge, überall Niederlagen. Gewiß, die Partei ist klein. Aber gerade darum muß sich die Partei auf eine solche Linie umstellen, die es ihr ermöglicht, größer zu werden. Von Stalin — zurück zu Lenin! Und endlich sahen wir, daß auch in der Frage, die heute für die Arbeiter auf der Tagesordnung steht, die Lebensfrage für die KP, für das gesamte Proletariat geworden ist, in der Frage der proletarischen Einheitsfront, daß auch hier die Politik der Parteiführung vollständig versagt hat. Täglich mehren sich die Ueberfälle der Faschisten gegen die Arbeiter, immer frecher werden die faschistischen Terrorbanden, immer drohender schwingen die Kapitalisten die Hungertüdel, immer furchtbarer wird die Gefahr für uns alle. Mit den Händen greifbar ist der Verrat der SP. Seit dreiviertel Jahren macht die Partei die Politik der «roten» Einheitsfront. Wo ist die Einheitsfront? Wir sehen sie nicht. Unter